

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszelt 84 bis 86
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Der Zwischenfall von Nanking.

Die Nankingregierung gegen das britische Ultimatum. — Die Nordtruppen drohen mit neuer Beschließung.

Schanghai, 18. August.

Der Außenminister der Nankingregierung Wu erklärte, daß er beabsichtigt, den Zwischenfall mit dem britischen Flaggen dazu zu benutzen, um der Welt zu zeigen, wie die britischen Flieger in China verfahren. Der französische Generalkonsul hat sich erboten, als Vermittler zu handeln, die Chinesen haben dies jedoch abgelehnt. Die offizielle chinesische Nachrichtenagentur bemerkt, das britische Ultimatum habe die chinesischen Beamten nicht eingeschüchtert. Geeignete Maßnahmen würden unternommen werden, um die chinesischen Rechte zu wahren.

Englische Alarmnachrichten.

London, 18. August.

„Daily News“ meldet aus Schanghai, während die allgemeine Lage in China chaotischer als je werde, habe sich jetzt noch eine plötzliche Gefahr in der Schanghai-Region entwickelt: die gemeldete Unterbrechung der Schanghai-Hangschau-Ringpo-Bahn durch britische Truppen auf Befehl des Generals Duncan sei nicht die einzige Befürchtung, denn infolge des Zusammenbruchs der Südhäere suchten Scharen undisciplinierter Truppen in Schanghai Zuflucht und die Besetzung der Bahn stehe vielleicht auch im Zusammenhang mit dieser Tatsache. In der Nähe von Schanghai lagerten bereits vier requirierende chinesische Militärbefehls-haber mit ihren Heeren.

Neue Beschließung Nankings angedroht.

Schanghai, 18. August. (Reuter.)

Man glaubt hier zu wissen, daß die Nordtruppen ein Ultimatum abgefordert haben, daß, wenn sich Nanking heute nicht erbeuge, es stark beschossen werden soll. Der Befehlshaber von

Nanking soll mit den Nordtruppen in Verhandlung getreten sein, eine Regelung zu finden, durch die die Schrecken einer Beschließung Nankings verhindert werden könnten. Man sagt, daß die Bevölkerung Nankings zu Suntschuanfang stehe und zwei Divisionen der Nankingtruppen bei dem Versuch der einen Division, sich mit den Nordtruppen zu verbinden, zusammengestoßen seien.

Feng ruft Tschiangkai-schek zur Pflichterfüllung.

London, 18. August.

General Feng hat an Tschiangkai-schek ein Telegramm gerichtet, worin er ihn ersucht, sein Kommando wieder aufzunehmen, da er nur imstande sein würde, Nanking und Schanghai zu retten. Feng selbst scheint im Augenblick nicht in der Lage zu sein, einzugreifen, da er im Falle eines Vorstoßes der Nordtruppen von seinen rückwärtigen Verbindungen mit der Mongolei abgeschnitten werden könnte. In der Umgebung von Schanghai befinden sich augenblicklich nur 8000 Mann chinesische Truppen, die aber nicht einmal unter einheitlichem Kommando stehen.

Englische Geschäftshoffnung.

London, 18. August.

Von Schanghai wird in den nächsten Tagen eine englische Handelsmission nach dem mittleren Jangtschiang abreisen, da man infolge der letzten Ereignisse mit einer bevorstehenden Besserung der Lage auf dem Handelsmarkt in diesem Teile Chinas rechnet.

Schanghaier Bluttatistik.

Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Schanghai: Der Zuständigkeitsbereich des Polizeikommissars teilt mit, daß in diesem Monat 9 Morde, davon zwei an Christen und 80 bewaffnete Raubtaten begangen worden sind. 50 Chinesen, davon die Mehrzahl Kommunisten, sind im Juli hingerichtet worden.

Die Fassung verloren.

Gehlers Flaggenverordnung ruft Tobtsucht an Jälle der Regierungspresse hervor.

Gehlers Flaggenverordnung ist eine echte Gehlererei, eine Halbheit — aber sie genügt schon, um die deutsch-nationale Presse in Kajerei zu versetzen. Sie tobt. Es ist kein Unterschied zwischen „Deutsche Zeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ in der Aufgeregtheit der Sprache und der Giftigkeit der Angriffe — gegen die eigenen Leute. Lieft man in der „Deutschen Zeitung“:

„Niemand würde sich gewundert haben, wenn eine Verordnung wie die Gehlers unter der Präsidentschaft Eberts zustande gekommen wäre. Heute haben wir angeblich eine Rechtsregierung; die neue Flaggenverordnung läßt von deren Vorhandensein nichts verspüren —“

So versteht man, daß der Groß Hindenburg und den deutsch-nationalen Ministern gilt.

Die „Kreuzzeitung“ wiederum weint elegisch:

„Trifft sein Inhalt zu, so können wir ihn als höchst bedauerlich, zum mindesten aber als überflüssig bezeichnen. Dieser Erlaß ist politischer Charakter, und in der Politik kommt es hauptsächlich auf die Wirkung an. Die Fassung aber ist die nationale Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen und die Ueberheblichkeiten des Reichsbanners zu steigern. Die Reichswehr selbst aber wird dadurch nicht dem politischen Parteitampfe entzogen, sondern gerade mitten in ihn hineingestellt.“

Der Reichswehrminister ist auf gefährlicher Bahn. Die Feinde der Reichswehr werden sich ins Häuschen lagern.“

Also: wer Schwarzrotgold liebt, ist ein Feind der Reichswehr. Also: wer Republikaner ist, ist ein Feind der Reichswehr. Also umgekehrt: die Reichswehr ist der Feind von Schwarzrotgold und der Republik? So möchten es die Monarchisten von der „Kreuzzeitung“ gern haben.

Wer die Fassung verliert, verrät seine innersten Gedanken: So die „Deutsche Tageszeitung“:

„Nicht Treue für die alten ruhmreichen Farben bedeutet eine politische Demonstration, sondern die unverständliche Nachgiebigkeit gegen die Hege der Strafe im Zusammenhang mit dem preußischen Kampf gegen die staatsbürgerliche Regierung. Sie muß im Reich als Ausfluß von politischen, ja parteipolitischen Erwägungen empfunden werden.“

Wenn das Reichswehrministerium einem Kabinett Braun unterstände, dann würde man sich über diesen Erlaß nicht weiter wundern. Gänzlich unverständlich aber bleibt es, daß er einem Kabinett entspreche konnte, in dem vier deutsch-nationale Minister sitzen.

Aus diesen Gründen wird es uns schwer, anzunehmen, daß das Gesamtkabinett den Erlaß überhaupt gefaßt oder gar gebilligt haben sollte. Ist dies nicht der Fall, dann erhebt sich die zweite, noch ernstere Frage: Warum hat Herr Gehler eine so wichtige Angelegenheit dem Kabinett nicht zur Entscheidung vorgelegt? Diese rührt unmittelbar an die oben erwähnten, in der Regierungserklärung ausdrücklich festgelegten Regierungsgrundsätze. Unserer Ueberzeugung nach bedeutet sie sogar deren Verletzung.“

Ehrung der Reichsflagge verstößt gegen die Regierungsgrundsätze des Bürgerblocks? Ehrung der Reichsflagge ist „Nachgiebigkeit gegen die Hege der Strafe? Das sind interessante Bekenntnisse eines Regierungsorgans. Um es kurz zu sagen: die Stellungnahme der Presse der stärksten Regierungspartei kommt einer Beschimpfung der Reichsfarben gleich. Sie offenbart eine seltene Unanständigkeit und mangelnde Staatsgefömmung.

Was werden die Herrschaften sagen, wenn sie erfahren, daß die Flaggenverordnung für die Reichswehr mit Billigung des Reichspräsidenten ergangen ist?

Die Revision Sacco-Vanzetti.

Gerichtsbekanntmachung in Massachusetts.

Boston, 18. August.

Die Richter des Obersten Staatsgerichtshofes haben gestern vormittag die von der Verteidigung Saccos und Vanzettis vorgelegten Dokumente geprüft. Es ist noch nicht bekannt, wann die Entscheidung fallen wird. Der Hauptverteidiger Hill hofft, daß er mit Hilfe des Richters Holmes dazu gelangen wird, die Angelegenheit vor den Obersten Bundesgerichtshof zu bringen.

Polnischer Wahldreh.

Gegen Oszgalizien.

In dem überwiegend ukrainischen und jüdischen Oszgalizien, das Polen sich angeeignet hat, sind die letzten Gemeindevahlen — vor dem Weltkrieg gemessen! Es ist dort noch nicht einmal das altösterreichische Wahlsystem abgeschafft, wie sonst in allen Nachfolgestaaten. Nun hat der Wojewode von Lemberg dem Innenminister den Vorschlag gemacht, einstweilen Neuwahlen überhaupt nicht auszuschreiben, die bisherigen Gemeindevertretungen jedoch aufzulösen und an ihre Stelle provisorisch staatliche Gemeindevorkommissare zu setzen. Der Innenminister soll dieser „Lösung“ zugestimmt haben!

Eisenbahnunfall bei Brandenburg.

Große Verkehrsstörungen.

In der Nähe des Bahnhofes Göh an der Strecke Berlin-Potsdam-Brandenburg entgleisten gestern abend gegen 11 Uhr mehrere Wagen eines Güterzuges, die sich quer über die Gleise legten und sich bei den Bahndämm einbohrten. Dadurch wurde der Verkehr auf der Strecke Berlin-Magdeburg in beiden Richtungen stundenlang lahmgelegt. Die D-Züge 10, 180 und 138 erlitten durch den Unfall Verspätungen von mehreren Stunden. Der Betrieb mußte über Güterglüd, dem Kreuzungspunkt der Strecke Magdeburg-Dessau-Röthen umgeleitet werden. Eine große Arbeitskolonne nahm an der Unfallstelle die Aufräumarbeiten vor, so daß gegen 2 Uhr der Schaden behoben und die Gleise kurze Zeit darauf wieder freigegeben werden konnten. Personen sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen.

Reform des Rechts.

Strafrechtsreform wichtiger als Strafvollzugsreform?

Von Amtsgerichtsrat Hugo Rarg-Heidelberg.

Es ist höchst erfreulich, daß Fechenbach mit seinem Aufsatz in der Morgenausgabe vom 10. August das Problem des Strafvollzugs in aller Öffentlichkeit angeschnitten hat. Strafrechtsreform und Strafvollzugsreform drohen in einem Buß von erstarren Phrasen der Unwahrscheinlichkeit anheimzufallen, die nachgerade eine Gefahr für unsere Gesetzgebung zu werden droht. Die Auffassung, wo die durchgreifende Reform, die grundlegende Aenderung am dringlichsten ist, wo sie zuerst einsehen muß, wirkt aus der gleichen Ursache heraus schief.

Fechenbach hat auch in seinem Artikel, in dem er die Eignung unserer Strafanstaltsbeamten — im Durchschnitt natürlich gesehen — für einen nach modernen Grundsätzen ausgeprägten Strafvollzug in Frage stellt, einen für die Problematik des Strafvollzugs entscheidenden Punkt herausgehoben. Wenn unser heutiges Strafvollzugswesen sowohl in seiner Durchführung wie in seinen Wirkungen so durchaus unbefriedigend ist, so liegt das nicht nur in personellen Mängeln, sondern zu einem ganz erheblichen Teil auch in sachlichen Faktoren, den Strafanstalten und den Methoden ihres Arbeitens begründet. Ihnen kommt für die negativen Erfolge des Strafvollzugs wohl eine erheblich größere Bedeutung zu als der ungenügenden Vorbildung und Eignung der Strafvollzugsbeamten. Stellen wir uns selbst vor, man würde die heutigen Gefängnisse mit einem Stab denkbar gut ausgebildeter Kräfte ausstatten, so würde ihnen doch bei der völlig veralteten Anlage der Anstalten die Möglichkeit fehlen, in einem modernen Anschauungen gemäßen Sinn überhaupt zu arbeiten. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus erhebt sich die Frage, ob nicht manche der für das neue Strafrechtbuch erstrebten wesentlichen Neuerungen, als welche neben dem fragwürdigen „Kron“-„losen“ freien richterlichen Ermessen die sichernden Maßnahmen anzusprechen sein werden, in die Luft gebaut sind.

Gerade noch zur rechten Zeit erscheint in diesen Tagen ein Buch des Heidelberger Psychiaters Prof. Wilmans, einer der bedeutendsten deutschen Irrenhausleiter, mit dem Titel: „Die sogenannte verminderte Zurechnungsfähigkeit als zentrales Problem der Entwurf des deutschen Strafgesetzbuch.“ Das Buch greift jedoch weit über die spezielle Frage hinaus und liefert eine umfassende Kritik unseres gesamten Strafvollzugs, wie sie in der wissenschaftlichen Literatur Deutschlands bislang nicht vorhanden war. Wilmans ist durch seine besonderen Studien auf dem Gebiete des Strafanstaltswesens und durch seine reichen forensisch-psychiatrischen Erfahrungen ein besonders herausragender Kritiker. Seine Schlussfolgerungen und Ergebnisse sind zudem aufgebaut auf einem ungeheuren Material und deshalb besonders beachtlich. Man wird sich in den demnächst beginnenden Kommissionsberatungen zum Strafrechtentwurf gründlich mit ihm auseinandersetzen müssen.

Fechenbach wird vielleicht, wenn er die Eignung der heutigen Strafvollzugsbeamten für ihre Aufgabe in Frage stellt, dem Vorwurf der Befangenheit begegnen. Die Ausführungen von Wilmans zeigen indessen, mit welcher Mühe und Vorsicht Fechenbach die Schlussfolgerungen aus seiner erstlittenen Erfahrung gezogen hat. Wilmans erklärt — wieder im Durchschnitt gesprochen —, das heute vorhandene Anstaltspersonal für eine individualisierende Behandlung der Gefangenen gänzlich ungeeignet. Dazu führt aber dann in der Praxis der so sehr gepriesene Strafvollzug in Stufen? Er wird zu einem bürokratischen Schematismus, von dem gerade die übelsten Elemente, die Rebutiniers der Gefängnisse, die es am besten verstehen, sich Vorteile zu erschleichen, in allererster Reihe profitieren werden, ohne daß wirklich eine Besserung im Sinne des Strafvollzugs auch nur entfernt eingetreten ist. Es ist eine Tatsache, über die jeder mit dem Gefängniswesen Vertraute Bescheid weiß, daß die minderwertigsten Elemente sich zum meist am reibungslosesten in die Hausordnung fügen. Die „gute Führung“ in diesem oberflächlichen Sinne wird dem heutigen Aufseher den Maßstab der Würdigkeit in höhere Strafen abgeben.

Fechenbach bemängelt, daß nach dem Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes der Strafanstaltsleiter die Möglichkeit habe, einen Strafgefangenen als nicht besserungsfähig vom Strafvollzug auszuschleichen. Viel schlimmer aber ist es, daß grundsätzlich jeder in den Strafvollzug eingegliedert werden muß. Wilmans weist mit Recht darauf hin, daß für viele Verurteilte der Entzug der Freiheit vollkommen ausreicht. Weil sie einer Besserung, wie sie der Strafvollzug erstrebt, nicht bedürfen, sei es, daß sie als Gelegenheitsstäter ihre Handlung ohnehin bereuen, sei es, daß sie diese aus einer bestimmten sittlichen Ueberzeugung oder Weltanschauung heraus begangen haben und einer moralischen Behandlung nicht unterworfen werden brauchen. Nicht alle, auf die dies zutrifft, erhalten Strafausschub auf Wohlverhalten.

Diese Erwägungen führen eben noch weiter. Das heutige Gefängniswesen ist in seiner ganzen Anlage eigentlich noch immer nicht über das 18. Jahrhundert hinausgekommen. Die Strafanstalten sind in ihrer Uniformität noch immer Verbuchertafeln, schematisch auf den schwersten Ausbrecher zugeschnitten, in denen aber auch der harmloseste Rechtsbrecher verwahrt wird. Auf die Verschiedenartigkeit der noch ganz

rohen Selektionsprinzipien der in einer solchen Anstalt zusammengebrachten Individuen kann hier nur in ganz geringem Maß Rücksicht genommen werden.

Als das vornehmste Erziehungsmittel gilt noch immer die Einzelhaft. Was Wilmans darüber vom Standpunkt des Psychiaters sagt, ist geradezu erschütternd und müßte Veranlassung sein, die bisherige, auf veralteten Anschauungen aufgebaute Praxis einer gründlichen Revision zu unterziehen. Wilmans trifft sich übrigens weitgehend mit Kadbruchs Forderung, daß Strafe durch Fürsorge und Erziehung ersetzt werden müsse und mit der allgemeinen sozialistischen Auffassung, daß nur der Staat härteste Maßnahmen gegen den Rechtsbrecher einführen darf, der das gute Gewissen hat, alles getan zu haben, um die sozialen Ursachen zu beseitigen, die einen Menschen zum Verbrecher werden lassen.

Das ist besonders von Bedeutung für die verminderte Zurechnungsfähigen, diesen zahlreichen und schwierigsten Objekten von Rechtspflege und Straf Vollzug. Gegen sie vor allem richtet sich die Maßnahme der dauernden Verwahrung, die trotz aller schönen Worte eine Strafe von außerordentlicher Härte ist. Wilmans betont nachdrücklich, daß man von dieser Maßnahme nur in den aller schwersten Fällen Gebrauch machen dürfe, wenn anders nicht eine unübersehbare Zahl neuer Anstalten notwendig sein sollte. Hier zeigte sich die Folgen des Fehlers, der darin bestand, daß man bei der Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuchs zwar eine vergleichende Darstellung des in- und ausländischen Rechts, nicht aber eine hinreichende medizinische und soziologische Tatsachenforschung geleistet hat. Strafrechts- wie Strafvollzugsreform bewegen sich überhaupt zu sehr in der Sphäre allgemeiner spekulativer Ideen. Es erscheint notwendig, sie in die Atmosphäre einer praktischen Betrachtung zu bringen, die aber gewillt ist, mit Veraltetem radikal zu brechen. Dann dürfte sich zeigen, welche überragende Bedeutung der Reform des Strafvollzugs zukommt, daß sie eigentlich den Unterbau einer Strafrechtsreform bilden müßte.

Schlange wird international.

Deutschnationales Lob für den Dawes-Plan.

In anderen Jahren taucht in der Sauregurkenzeit mit unfehlbarer Pünktlichkeit die Seeschlange auf. Jemand hat sie irgendwo ganz genau gesehen. Hernach aber war es nur eine Ente. Gefühle des Zweifels mögen auch die Leser der „Deutschen Tageszeitung“ gestern Abend beschließen haben, als sie vernahmen, daß der Landbundführer Schlange-Schönigen sich vor einem amerikanischen Publikum zum begeistertsten Lobredner des Dawes-Plans gemacht hat. Er lud sich die Farmerdeputation, die zurzeit durch Deutschland reist, auf sein Gut und hat sie, in Amerika zu berichten, daß es zwar der Landwirtschaft infolge der Kriegslasten schlecht gehe, aber

... daß hier ein großes, fleißiges Volk lebt, das nichts weiter wünscht, als in gleichberechtigter Freiheit in friedlichem Wettstreit der Völker seine Lebensmöglichkeiten zu behaupten, und das mit zureichendem Interesse alle diejenigen Schritte verfolgt, welche die große amerikanische Nation im Namen wirklicher Gerechtigkeit im Nebeneinanderleben der Völker unternimmt!

Das klingt ja fast wie eine Huldigungsadresse an den kommenden Präsidentschaftskandidaten Dawes. Berzweifelt werden die Ganz-Treu-Deutschnationalen auf das Dementi warten. Es ist schon so: die Deutschnationalen beginnen sich zu häuten — wenn's auch bloß auf außenpolitischem Gebiet ist.

Rohbach aus der Haft entlassen. Wie das „Rechtenburger Tageblatt“ erzählt, hat die Haftbeschwerde Rohbach den Erfolg gehabt, daß die Haftbefehle gegen sämtliche Angeklagte aufgehoben sind. Die Verhafteten Rohbach, Meinel, Bender und Linse, meier sind sofort aus der Haft entlassen worden.

Das Ende der Briefmarke.

Von Gotthard Brodt.

Es steht unzweifelhaft fest, daß die Briefmarke, die bekanntlich in der ganzen Welt ein sehr begehrtes Sammelobjekt geworden ist, bald ausgedient haben wird.

Die Zeit schreitet mit Riesenschritten vorwärts und läßt sich in nichts und durch nichts aufhalten. Auch die harmlose, unschuldige Briefmarke wird ihr über kurz oder lang zum Opfer fallen und unsere Nachkommen werden dereinst absolut nicht begreifen, weshalb man früher für bezahlte Postgebühren eine derartige unpraktische, zeitraubende und unhygienische Beschäftigungsart gewählt hatte.

Schon existiert die Luftpostmarke in verschiedenen Ländern — in denen die Luftpost bereits ein gewöhnliches Beförderungsmittel ist — nicht mehr, weil in diesem Fall keine Sonderzuschläge zu den üblichen Markten erhoben werden.

Bei einer weiteren Verdichtung des Flugnetzes und fortschreitenden Intensivierung des Verkehrs werden die Luftpostmarken auch bei uns überflüssig; denn die Post wird dann nicht mehr von der langsamen Eisenbahn, sondern von Luftschiffen und Flugzeugen befördert.

In Österreich ist bereits seit einiger Zeit die Barfrankatur für Pakete üblich und der Generalpostmeister denkt nach den bisher gemachten günstigen Erfahrungen nicht daran, diese Barfrankatur wieder aufzuheben.

Von den Geschäftsbriefen ist die Briefmarke heute größtenteils auch schon verbannt und durch den Freistempel ersetzt worden, der sich mehr und mehr einbürgert.

Laufende von Briefen werden täglich in den Großstädten durch die Freistempelmaschine, die rasch, sicher und prägnant arbeitet, frankiert. — Bei ihr gibt es keine Restbestände, keine Ueberdrücke, keinen Wertzeichenmangel und keine Druckkosten. Sie gleicht dem bargeldlosen Geldverkehr, und es ist anzunehmen, daß sie sich noch schneller einbürgern wird als dieser; denn sie braucht ja nicht gegen eine uralte Tradition und Volksgewohnheit anzukämpfen. Während aber der bargeldlose Verkehr nur eine wertvolle Ergänzung und eine Verzerrung des Geldumlaufes bietet, hat die Freistempelmaschine noch den Vorteil voraus, daß sie die Briefmarke überflüssig macht.

Neuerdings sind nun Projekte aufgetaucht, nach denen sogar für einzelne Briefe und Einschreibsendungen Automaten aufgestellt werden sollen, die nicht nur frankieren, sondern auch noch die gewünschte Adresse schreiben und eine Kopie davon ausfolgen.

Selbstverständlich wäre es übertrieben, das Ende der Briefmarke in allerhöchster Zeit zu erwarten oder zu prophezeien, aber das eine ist sicher, nämlich, daß die Post alles daran setzen wird, um ihren Dienst zu vereinfachen, zumal sie in diesen Bestrebungen von der gesamten Industrie- und Geschäftswelt unterstützt worden dürfte.

Die Briefmarkensammler aber werden sich ihrerseits freuen, daß sie nun endlich ein abgeschlossenes Gebiet vor sich haben. Ihre

Wird die Rheinarmee vermindert?

Chamberlain verlangt es von Briand.

Nach einer Pariser Meldung des „Manchester Guardian“ soll der englische Außenminister Chamberlain in den letzten Wochen den französischen Außenminister Briand zweimal aufgefordert haben, vor dem Zusammenrücken des Völkerbundes wenigstens eine kleine Konzession an Deutschland in der Frage der Verminderung der Rheinland-Besatzungstruppen innerhalb der französischen Regierung durchzusetzen. Chamberlain soll dabei betont haben, daß für Deutschland Rückwirkungen des Locarnopactes bemerkbar werden müßten. Die Meldung des „Manchester Guardian“ trägt, wie versichert wird, offiziellen Charakter. Der „Daily Chronicle“ schreibt im gleichen Sinne.

Frankreich soll in dieser Sache eine Note nach London geschickt haben. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ sagt dazu, es wäre wohl zu wünschen, daß nach den Ermahnungen Marshall Fochs und den Erklärungen Generals Guillaumat die französische Antwort eine Verminderung der französischen Besatzungstruppen um 10 000 Mann, wie sie Deutschland fordert, nicht ablehne. Nur die am Locarnopact nicht unheilbar Kranken weigerten sich, die Ermahnungen der militärischen Sachverständigen zu beachten und schickten sich an, Stresemann den Friedensstuf zu geben.

Ein „wirtschaftliches Locarno“.

Große Befriedigung in Frankreich über den Handelsvertrag.

Paris, 18. August. (Eigenbericht.)

Der Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrags wird hier von der Presse mit ungeteilter Befriedigung aufgenommen. Einer der französischen Unterhändler bezeichnete am Mittwoch morgen den Abschluß als ein „Wirtschaftliches Locarno“ von internationaler Tragweite. Es ist mehr als ein einfaches Wirtschaftsabkommen, erklärte er, es bedeutet die Eröffnung neuer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und das ist der beste Weg zu gegenseitiger Friedensarbeit.

In ähnlicher Weise äußern sich auch die Blätter. „Paris-Soir“ knüpft an die obige Äußerung des französischen Delegierten an und meint, man könne nicht besser den Abschluß des Handelsabkommens vom Mittwoch kennzeichnen; indem das Abkommen die gegenseitige wirtschaftliche Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland schafft, trage es viel zu freundschaftlicher Zusammenarbeit bei, trotz großer Schwierigkeiten, die eine Zeit lang unüberwindlich schienen, in den letzten Tagen aber auch auf politischem Gebiet ausgeglichen worden seien. Das sei für die Zukunft die beste Friedensgarantie. Auch der „Temps“ begrüßte die beiden Delegationen, trotz der einen Augenblick lang unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten zu einem günstigen Abschluß der Verhandlungen gelangt zu sein und meint, wenn der neue Handelsvertrag zur Folge habe, den Warenaustausch zwischen den beiden Ländern zu fördern und wenn er, wie zu hoffen sei, einen gerechten Ausgleich der Vor- und Nachteile zwischen den beiden Nationen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Warenaustausches ermögliche, könnten sich die beiden Länder zum Abschluß der Verhandlungen nur beglückwünschen.

Trochis Rückzug.

Stalin läßt den Nichtausschluß begründen.

Nach der Tagung von Zentralkomitee und Kontrollkommission der russischen kommunistischen Partei wurde mitgeteilt, daß Trochki und Sinowjew nicht ausgeschlossen worden seien, da sie sich unterworfen hätten. Ihre „Unterwerfung“ wird am besten illustriert durch die Resolution, die von dieser Tagung angenommen wurde. Es heißt darin:

„Erst, nachdem das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK infolge dessen gezwungen war, die Resolution über den Ausschluß der Genossen Sinowjew und Trochki aus dem ZK der Partei anzunehmen, erst dann hielt es die Opposition für notwendig, den Rück-

zug anzutreten, sich von einer Reihe ihrer Fehler loszusagen und sich in der Hauptsache, wenn auch mit Vorbehalten, mit dem Vorschlag des Plenums des ZK und der ZKK nach Abgabe einer entsprechenden „Erklärung“ einverstanden zu erklären.

Im Hinblick darauf beschließt das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK, die Frage des Ausschusses der Genossen Sinowjew und Trochki aus dem ZK der Partei aus der Debatte zu ziehen und ihnen einen strengen Verweis und eine Verwarnung zu erteilen.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK ist der Ansicht, daß dies einen gewissen Schritt zum Frieden in der Partei bedeuten könne. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK ist jedoch weit davon entfernt, die friedliche „Erklärung“ der Opposition als ausreichenden Akt zu bezeichnen, die der Partei den notwendigen Frieden gewährleisten könne.

Dessenungeachtet hat das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK, allen Grund, mit Genugtuung festzustellen, daß

1. die Opposition in ihrer „Erklärung“ sich gezwungen gesehen hat, von einer Reihe von Fehlern und Schwankungen in der Frage des Charakters des zukünftigen Krieges der Sowjetunion gegen die Intervention und der unbedingten Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus abzurücken,

obwohl die Opposition durch ihre Weigerung, die halbdefinitive These des Genossen Trochki über Clemenceau direkt zu verurteilen, sich noch eine Hintertür für mögliche zukünftige Schwankungen bezüglich einer unbedingten Verteidigung der UdSSR offen läßt;

2. daß die Opposition sich gezwungen gesehen hat, die Thermidor-Entartung der Parteileitung abzurücken,

obwohl sie mit ihrem Vorbehalt bezüglich der Unzulänglichkeit des von der Partei gegen die Thermidor-Tendenzen im Lande geführten Kampfes sich Hintertüren für weitere Angriffe auf die Partei auf dieser Linie offen läßt;

3. daß die Opposition, wenn auch aus formalen Erwägungen, sich gezwungen gesehen habe, organisatorische Verbindungen mit der spalterischen und antileninistischen Gruppe Urbahns-Waslow aufzugeben,

obwohl sie sich durch ihre Weigerung, jede Unterstützung dieser Gruppe aufzugeben, eine Hintertür für weitere Angriffe auf die Komintern offen läßt;

4. daß die Opposition sich gezwungen sah, sich von der Fraktionsbildung innerhalb der KPdU loszusagen und die Notwendigkeit einer Vernichtung der Elemente dieser Fraktionsbildung anzuerkennen,

obwohl sie durch ihren Vorbehalt und durch ihren Ausschluß gegen das „Regime in der Partei“ es versucht, ihre bisherige spalterische Tätigkeit zu rechtfertigen und, darüber hinausgehend, sich eine Hintertür für neue Angriffe auf die KPdU offen läßt.

Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK haben keinen Grund, die Gewähr dafür zu übernehmen, daß der Rückzug der Opposition, das Abweichen von einer Reihe ihrer Fehler vollkommen aufrichtig sein.

Diese Resolution klingt wie eine Bestätigung der Behauptungen, daß die Stalinisten einen Rückzug vor der Opposition antreiben wollten, und daß sie in nächster Zeit die linke Opposition der KPdU um Ruß Fischer, Waslow und Urbahns wieder aufnehmen wollten.

Kleine Hafenkreuzerflotte von zwei Tagen: Auf dem Judenfriedhof Essen 45 Grabsteine zertrümmert; in Hannover nachts ein Auto angehalten, Chauffeur und Fahrgäste verlegt; in Bad Harzburg Kurgäste und Einwohner mißhandelt; in Ruzsich (Bulgarien) die Gäste eines jüdischen Sportfestes nachts im Schlaf überfallen und die Ehrenpforte zu ihrer Begräbnis verbrannt; dort allerdings einige dieser herten verhaftet.

Die Anzählung Besarabiens. Die rumänische Verbrecherbande, „Sicherheitspolizei“ (Siguranta) genannt, hat „nach Aufdeckung einer über ganz Besarabien verzweigten Organisation“ 59 Personen verhaftet.

Markensätze werden ungeheuer an Wert gewinnen und nach und nach unbezahlbar werden.

Der Verkehr aber, der alle Marken erzeugte und vernichtete, wird sich durch das Ende der Briefmarke in keiner Weise aufhalten lassen, sondern sich weiterentwickeln zum Nutzen einer raschen, technisch unerfülllichen Menschheit.

Todesangst gilt als Todesstrafe.

Das Schicksal der beiden italienischen Anarchisten Sacco und Banzetti hat in der letzten Zeit die öffentliche Meinung der ganzen Welt erregt. Auch wer der Ansicht ist, daß man in Europa sich kein Urteil darüber bilden könne, ob die Verurteilung wirklich einen Justizmord darstelle, muß in der Behandlung der beiden Verurteilten, die man sieben Jahre auf den letzten Gang warten läßt, eine Folter erblicken, die schlimmer ist als alle Marterungen, denen Gefangene in früheren Jahrhunderten ausgesetzt waren. Ein König von Dänemark hat in einem ähnlichen Fall, der sich vor hundert Jahren zutrug, einen Entschluß gefaßt, der den amerikanischen Richtern als Vorbild dienen könnte.

Es war im Jahre 1833, als eines Morgens um 5 Uhr ein gewisser Joachim Heinrich Ahmke zum Schafott geführt wurde, der durch den hohen Gerichtshof von Holftein wegen Mordes und Brandstiftung zum Tode durch das Rad verurteilt worden war. Ahmke sollte den Tod am Schafplatze seiner Greuelthaten erleiden, in Pinneberg, 12 Kilometer von Altona entfernt. Der Henkerzug hatte sich bereits dem Marktplatz genähert, als ein Reiter herangaloppiert kam, der ein weißes Tuch schwenkte und aus voller Kehle rief: „halt! halt! halt! wehret dem Könige!“ Der Gerichtsbeamte, der mit der Leitung der Hinrichtung beauftragt war, gebot halt, worauf der Bote ihm ein Papier aushändigte, das folgende Worte enthielt: „Die Hinrichtung von Ahmke muß bis auf weiteren Befehl aufgehoben werden.“ Vorunter die Handschrift des Königs. — War die Schrift echt? Der Gerichtsbeamte zweifelte, um so mehr, als dem offiziellen königlichen Siegel die Gegenzeichnung des Justizministers fehlte. Es war nur ein Brief, keine Urkunde. Doch der Gerichtsbeamte war kein blinder Formalist. Er wußte, daß eine Enthauptung nicht wieder gutgemacht werden konnte. Darum ließ er den Verurteilten wieder in das Gefängnis zurückbringen, um sich dann an die Prüfung des Schriftstücks zu machen. Als bald hatte er sich überzeugt, daß die Schrift echt war und nur von der Hand des Königs stammte.

Was war geschehen? In Holftein mußte jedes Todesurteil dem Beurteilten an dem Ort der Hinrichtung zur Kenntnis gebracht werden. Dies war auch in diesem Falle geschehen, und man hatte Ahmke das Urteil gerade in dem Augenblick eröffnet, als sein Arat, der sich auf dem Weg von Rorisdorf nach Altona befand, in einem Postwagen vorüberkam. Dieser Arat, Peter Robke, war ein Freund der Familie Ahmke und ein Schüler des Beurteilten, der früher Lehrer gewesen war. Er hatte Ahmke jedoch stets als einen tranken Menschen betrachtet, dessen Zurechnungsfähigkeit allerdings nie in Zweifel gezogen wurde. Der König, auf einer Reise in Schleswig, befand sich gerade in Husum. Robke eilte zu ihm und verstand den Monarchen für den Prozeß zu interessieren. Der König erkannte die Dringlichkeit und schrieb, ohne sich um die Formalitäten zu kümmern, den Befehl,

der die Aufschubung der Hinrichtung gebot, auf ein Stück Papier. Ahmke wurde von neuem einer eingehenden Untersuchung seiner Geistesverfassung unterzogen. Drei Sachverständige kamen einstimmig zu dem Schluß, daß die frühere Untersuchung richtig gewesen und daß der Schuldige keineswegs vermindert zurechnungsfähig sei. Der Justizminister verlangte wiederum die Todesstrafe, doch der König, der daran dachte, daß die Aufschubung der Todesstrafe nicht durch den Beurteilten veranlaßt worden war, und daß dieser Mann auf dem Wege zum Schafott alle Todesängste erlebt hatte, entschied, daß es ungerecht sei, den Beurteilten noch einmal die grausigen Stunden durchkosten zu lassen. Er befahl daher, die Todesstrafe in lebenslängliche Haft umzuwandeln. Hier hatte die Menschlichkeit gesprochen.

Ein anderer nicht unähnlicher Fall trug sich im 17. Jahrhundert zu. Eine Mörderin, Helene Gillet, der der ungeschickte Henker mit zwei Beilschlägen nicht das Haupt vom Rumpfe trennen konnte, wurde noch lebend seinen Händen entrisen, begnadigt, und genas.

Drei Millionen Fremde in Frankreich. Die Franzosen sind lebhaft beunruhigt durch das außerordentliche Anwachsen des Zuzugs von Ausländern in den letzten Jahren. Die amtliche Statistik stellt die Anwesenheit von 2 800 000 Ausländern fest, aber in Wirklichkeit ist die Zahl noch erheblich größer und überschreitet sicher drei Millionen. Die Gründe für diese Ueberfüllung des Landes von Fremden sind sehr mannigfaltig. Frankreich hat von jeher eine besondere Anziehungskraft auf die Ausländer bezeugt; dank seiner Lage im Mittelpunkt des Verkehrs, seines milden Klimas, seines freien und bequemen Lebens hat das ganze Land an der Küste seit langem große Kolonien von Fremden, die hier Gesundheit und Sonnenschein oder auch Vergnügen suchen. In den letzten Jahren kommt nun hinzu, daß das Leben für Ausländer billig geworden ist. In kleinen Provinzhauptstädten haben sich Zehntausende von Engländern der Mittelklasse, die in der Heimat nicht mehr gut leben können, dauernd niedergelassen. Der Hauptgrund ist aber der dringende Bedarf des Arbeitsmarktes. Frankreich entwickelt sich zu einem Industrieland, und es bedarf dazu nach dem Verlust an Männern, den es im Kriege erlitten hat, fremde Arbeitskräfte. Schließlich ist besonders eine starke Einwanderung von russischen Flüchtlingen zu verzeichnen. Man nimmt an, daß heute drei Millionen Russen über ganz Europa verstreut sind, die vor der Sowjet Herrschaft geflohen sind, und von diesen haben Hunderttausende eine Heimat in Frankreich gefunden, nachdem sie durch die Verunsicherung des Lebens seit der Stabilisierung der Mark auf Deutschland fortgezogen sind. Dieser Zuzug der Fremden macht sich in erster Linie auch in den französischen Hafenstädten bemerkbar. So wird von der kleinen Unterstadtstadt Grenobles berichtet, daß dort 2500 ausländische Studenten, darunter 600 Amerikaner, studieren.

Tonkünstlergung in Frankfurt a. M. In Verbindung mit der internationalen Ausstellung fand der Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer. Die Reichsleitung des Hauptverbandes befaßte sich unter Vorbehalt des Komponisten Arnold Schöberl vorwiegend mit Berufungen des Bühnenmusikerverbandes und brennenden Tagesfragen der Musikervereinigung. Schließlich wurde die Schaffung einer Künstlerkammer unter Mitwirkung der Staatsbehörden eingehend erörtert.

Zustände in der KPD.

Unter der Diktatur der Zentrale — Ein Brief aus Neudölln

Wir veröffentlichen das nachfolgende Zirkular oppositioneller Kommunisten aus Neudölln, das für sich spricht: Streng vertraulich! August 1927. Nur für Mitglieder der KPD. bestimmt. Werte Genossen!

Wir Unterzeichneten wenden uns hiermit an die gesamte Mitgliedschaft der KPD im Neudöllner Verwaltungsbezirk, da wir es nicht länger mit ansehen können, wie einer der besten Bezirke der KPD, der Bezirk Neudölln, zugrunde gerichtet wird. Seit mehreren Jahren sind Mitgliederversammlungen verboten, und bleibt uns nur dieser Weg, um sich an die Mitgliedschaft zu wenden.

Genossen! Vor zwei Jahren hat man euch gesagt, daß der einfache Arbeiter aus dem Betrieb mehr an die Parteifunktionen herantreten soll. Was ist aber gemacht worden? Wir werden euch dies an Hand der hauptsächlichsten Funktionen aufzeigen.

1. Gruppe: Früher war der Genosse Althaus Gruppenleiter; jetzt der Genosse Schramm (jahrelanger Parteiangestellter).

2. Gruppe: Früher Gen. Häcker und Hoppe Gruppenleiter, jetzt der Gen. Wagner (auch jahrelanger Parteiangestellter).

3. Gruppe: Früher Gen. Wittig und Gehr Gruppenleiter; beide wurden aus der Partei ausgeschlossen und gegen den Willen der Mitgliedschaft wurde der Gen. Farwig eingesetzt (Angestellter in der Partei).

4. Gruppe: Früher war Gen. Braun Gruppenleiter; jetzt der Gen. Karl Otto (auch jahrelanger Parteiangestellter).

5. Gruppe: Früher waren allebewährte Genossen wie Erdmann, Hempel, Paster usw. Gruppenleiter und Funktionäre. Die gesamte Gruppenleitung wurde ausgeschlossen und dafür der Gen. Schill eingesetzt (Angestellter im Zimmererverband).

Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, wie demagogisch die Genossen beraten wurden. In allen Gruppen Absetzung und Ausschluß allebewährter Funktionäre, die im Betrieb stehen, dafür aber öffentlichen Einsetzung von Parteiangestellten. Dasselbe trifft auf die Bezirksleitung zu. In der alten Bezirksleitung war der einzige Parteiangestellte der Genosse Deutschmann. Er wurde seiner oppositionellen Einstellung wegen aus der Hauptverwaltung entlassen und auch aus der Partei ausgeschlossen. Die heutige Bezirksleitung besteht fast nur aus Parteiangestellten: Pol.-Leiter: Genosse Lude (beförderter Stadtrat); Org.-Leiter: Genosse Steinbrink (Parteiangestellter); Kassierer: Genosse Schulz (Parteiangestellter); Agitprop.: Genosse Wagner (Parteiangestellter).

Kennzeichnend für die Korruption ist, daß zum Beispiel der Genosse Hauschild, trotzdem er 1923 von der Thüringer W. wegen Unterschlagung ausgeschlossen wurde, heute Mitglied der KPD ist.

Ebenso ist der Genosse Fuchs (ein wütender Bekämpfer der Opposition) im Jahre 1923 wegen Unterschlagung ausgeschlossen worden und jetzt wieder Funktionär.

Genossen! Wir erinnern auch daran, daß, als die alte Brandler-Leitung mit Karl Lude an der Spitze im Jahre 1923 abgesetzt wurde, fast in allen Gruppen Unterschlagungen festgestellt wurden. Die alte W. war es, die gegen diese Korruption, die in die tausende Mark ging, rücksichtslos vorging, und hatte es erreicht, daß die Korruption so gut wie beseitigt war. Wir könnten noch mehrere Fälle aufweisen, um zu zeigen, wie der Neudöllner Bezirk herunter gewirtschaftet wird.

Aber nun noch ein Beispiel, wie man versucht, oppositionelle Genossen, welche sich als alte Parteifunktionäre bewährt haben, mit Dreck zu beschmeißen. Im „Funken“ vom Monat August wird der Ausschluß des Genossen Kolafius, Expediteur im 6. Bezirk, mitgeteilt und zwar wegen Unterschlagung. Dazu folgendes: Der Genosse Haberland, Neudölln, Herrmannstr. 24, war Agitpropmann im 6. Bezirk und hat mehrere hundert Mark, welche er für Literatur eingenommen hat, nicht an Kolafius abgeliefert, sondern unterschlagen. Aber Haberland ist K.-Anhänger und seine Frau ist in der Boikost beschäftigt. Demen wird kein Haar gekrümmt, sie können weiter die Opposition beschimpfen und unterschlagen. Aber Kolafius ist Oppositioneller und dieses genügt, um ihn wegen Unterschlagung, welche andere begangen haben, auszuschließen.

Diese Zustände, die wir euch geschildert haben, sind die Folge der verkehrten Politik des jetzigen Zentralkomitees. Alle bewährte Funktionäre, welche sich in allen Situationen als Revolutionäre bewährt haben, werden abgesetzt und ausgeschlossen und dafür Elemente, welche es verstehen sich bei der Parteibürokratie anzubiedern, in die wichtigsten Funktionen eingesetzt. Es wird wieder so kommen wie 1923, als die Partei infolge der Brandler-Niederlage zusammenbrach, waren es gerade die Linken, welche die Partei sammelten und aufbauten. Genau so werden es wieder die alten linken Funktionäre sein, die die Partei aus dem Sumpf herausziehen und aufbauen.

Wir verlangen die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Genossen und fordern alle Genossen auf, uns in diesem Kampfe zu unterstützen.

Wütender gegenseitiger Haß, Verdächtigungen, Streit um Posten, und dazu seit Jahren alle Mitgliederversammlungen verboten — so sieht es in der KPD. aus.

Die zweite Partei.

So nennt Bucharin die Opposition.

Moskau, 17. August. (DG.)

In der Leningrader Organisation der Kommunistischen Partei sprach Bucharin über den Kompromiß mit der Opposition. Aus diesem Referat ließ sich die Beforgnis der Parteileitung herausheben, daß der im Dezember zusammentretende Parteikongreß zu neuen Zusammenstößen führen könnte. Bucharin führte aus, die Parteileitung und die hinter ihr stehende Mehrheit könne sich der Opposition gegenüber nicht verpflichten, auf jede Vorarbeit zum Kongreß (d. h. in diesem Fall auf Bearbeitung der breiten Massen der KPD) zu verzichten. Im Gegenteil, der ganzen Partei müsse die Gefahr deutlich gezeigt werden, die durch die „zweite Partei“, die Opposition, heraufbeschworen werde. Die Opposition habe es schon so weit gebracht, daß man nunmehr alles tun müsse, um ihre Mißläufer und womöglich alle ihre Streiter auf den rechten Weg zurückzuführen. Weiter sagte Bucharin, daß die Verantwortung für neue Verwicklungen innerhalb der Partei „sowohl vor wie nach dem Kongreß“ auf die Opposition falle, solche Verwicklungen seien ernstlich zu befürchten. Das erwähnte auch in bedeutendster Weise die Agitation unter dem Proletariat des Auslandes, welches natürlich ruhig werden müsse, wenn Kommunisten der Sowjetunion von einer herannahenden „Wälderdämmerung“ in der KPD phantastieren, von Auswüchsen, Degenerationserscheinungen usw. Unter solchen Umständen sei die Parteimehrheit nicht nur berechtigt, sondern direkt verpflichtet, sehr gründliche Vorarbeiten für den Parteikongreß zu machen.

Ein gefährlicher Bursche.

Wo hat er den Rückenschuß her?

Das dunkle Treiben eines unheimlichen Menschen beschäftigt die Mordinspektion der hiesigen Kriminalpolizei. Es handelt sich um einen 28 Jahre alten Russen Wladimir Kozlow, der sich eine Zeitlang in den Kaschemmen in der Gegend des Schießplatzes Bahnhofs, in denen russisches und polnisches Gesindel verkehrt, umhertreibt, im Mai dieses Jahres wegen eines Rückenschusses in der Charité behandelt wurde und sich seitdem auf freiem Fuße befindet.

Zweieinhalb Jahre Zuchthaus hatte Kozlow dafür verbüßt, daß er im Jahre 1920 in Sietin einen Matrosen erstach. Den Rückenschuß wollte er von seinem Schwager Stempin aus der Gegend von Angermünde erhalten haben. Er habe sich dafür rächen wollen, daß er seine Schwester im Stich gelassen hätte. Diese Darstellung hat sich als Schwindel erwiesen. Kozlow ist ohne Zweifel bei einem noch nicht geklärten Einbruch oder Raubüberfall angeschlossen worden. Er war, wie die weiteren Ermittlungen ergaben, der Komplize eines 29 Jahre alten Rochus Prebannet, mit dem er die Gehölze auf dem Lande und als Wegelagerer die Landstraßen unsicher machte. Beide verübten Einbrüche und überfielen aus dem Hinterhalt ahnungslose Radfahrer, um sie ihrer Werkzeuge zu berauben. Am 10. Juni d. J. trieben sie sich im Walde bei Wessin in der Gegend von Rathenow umher und stießen auf einen Förster. Der forderte sie auf, die Hände aus den Taschen zu ziehen, weil er bei den Landstreichern Waffen vermutete. Sie kamen auch der Aufforderung nach, aber jeder zog mit der Hand auch eine Pistole aus der Tasche und schlug auf den Förster an. Der aber kam ihnen zuvor und streckte Prebannet durch einen Schrotschuß tot nieder. Kozlow ließ jetzt seine Pistole fallen und ergab sich. Seitdem sitzt er im Amtsgerichtsgefängnis zu Rathenow. Der Rückenschuß war damals schon verheilt. Die Ermittlungen richteten sich nun u. a. auch dahin, bei welchem Einbruch oder Überfall er diesen Schuß erhalten hat. Zu seinem Aufenthalt in Berlin hatte er angegeben, daß er hier als Kohlenträger auf verschiedenen Plätzen gearbeitet habe. Alles das hat sich als unwahr erwiesen. Kozlow ist ohne Zweifel nur nach Berlin gekommen, um hier jedesmal die bei den Einbrüchen auf dem Lande und den Raubüberfällen auf der Landstraße erbeuteten Uhren und anderen Wertgegenstände zu Geld zu machen. Mehrere Uhren wurden bei dem Erschollenen und den Verhafteten noch gefunden. Die Staatsanwaltschaften verschiedener Städte und die Kriminalpolizei forschen nun nach der Herkunft dieser Uhren, um das dunkle Treiben weiter aufzuklären. Alle zweideutigen Mitteilungen nimmt in Berlin die Kriminalinspektion A im Polizeipräsidium entgegen.

Selbstmord des Mörders von Storkow.

In der Zelle am Galstuch erhängt.

Wie erinnerlich, erschlug der 25 Jahre alte Landarbeiter Otto Philipp am 19. Juli in Bugt bei Storkow seine Pflegemutter, die Frau des Gemeindevorstehers Baurisch. Philipp drang, während Baurisch mit seinem Personal auf dem Felde arbeitete, in das Gehöft ein, um die Gemeindefasse auszuplündern. Die Pflegemutter, die wegen Kränklichkeit allein zu Hause geblieben war, hörte ein Geräusch in der Stube und überraschte Philipp bei seinem Beginnen. Da ergriff er ein Gewehr und schlug mit dem Kolben solange auf die Frau ein, bis sie tot war. Philipp ergriff die Flucht, wurde aber von Kriminalbeamten eines Reviers in Roabit bald ermittelt und festgenommen. Er legte dem Leiter der Mordinspektion, Kriminalrat Gennat, ein umfassendes Geständnis ab und wurde in das Untersuchungsgefängnis in Roabit gebracht. Dort hat er sich jetzt in der Zelle mit seinem Galstuch erhängt.

Die Untersuchung gegen Gutowski.

In der Untersuchung gegen den Seisenhändler Gutowski ist bisher keine neue Wendung eingetreten. Die wir heute früh mitteilten, sind in der Wohnung Gutowskis in der Kurfürstenstraße, da man in ihm auch den Mörder der Ahrendt vermutet, Kleidungsstücke, Schuereutücher und vom Fußboden abgetragener Bad mitgenommen worden, um sie auf etwaige Blutspuren zu untersuchen. Ueber das Ergebnis der chemischen Untersuchung, die natürlich sehr schwierig ist, verläutet bisher noch nichts. Gutowski hat, und das bestätigen die Zeugen immer wieder, zahlreiche obdunkelte Mädchen ganz wahllos mit in den Laden genommen. Nach diesen Mädchen wird von der Kriminalpolizei eifrig gefahndet, um von ihnen zu erfahren, ob sie Gutowski in irgendeiner Weise bedroht hat. Die Ermittlungen nach dieser Richtung gestalteten sich äußerst schwierig, da sich die Mädchen nicht freiwillig melden.

6000 Quadratmeter Funkausstellung 1927.

Die am 2. September dieses Jahres zur Eröffnung gelangende Große Deutsche Funkausstellung 1927 am Kaiserdamm in Berlin wird die größte der bisher in Deutschland veranstalteten Funkausstellungen und damit auch die größte aller bisher abgehaltenen Radiofachausstellungen Europas sein. Infolge der großen Nachfrage nach Ausstellungsräumen war die Ausstellungsentstehung genötigt, auch die Wochenendhauskolonie in das Gelände der Funkausstellung mit einzubeziehen. Seit geraumer Zeit ist auch hier jeder Quadratmeter besetzt, obwohl die Ausstellungsentstehung die Kolonie noch durch eine große Halle erweitert hat. Rund 300 deutsche Industrieunternehmen werden auf der Ausstellung vertreten sein, das sind etwa 20 Prozent mehr als im vergangenen Jahre. Die sachliche Bedeutung dieser vierten Jahreschau der rastlosen deutschen Funkindustrie wird zweifellos ihrer räumlichen Ausdehnung entsprechen. Während der Ausstellung werden, ähnlich wie im Vorjahre, Sonderveranstaltungen stattfinden, die insbesondere für die große Masse der Rundfunkhörer bestimmt sind. Im übrigen wird das Radionachmittagsprogramm der Funkstunde von der Ausstellung aus gesendet werden; des weiteren sind Bunte Abende vorgesehen, deren Darbietungen ebenfalls vom Kaiserdamm aus verbreitet werden sollen.

Eine Unbekannte aus dem Schlachtensee gelandet.

Am Mittwoch nachmittag wurde aus dem Schlachtensee die Leiche einer 35 Jahre alten unbekannteren Frau gelandet und nach der Halle in Zehlendorf gebracht. Sie hat einen schwarzen, leicht ergrauten Wubentopf und ein rotmalam linkes Unterarm und trug einen grauen Mantel, ein gebliertes Kleid, eine Hemdhose, graue Strümpfe, dunkelbraune Spangenschuhe und eine dünne silberne Halskette mit einem Stein und drei Anhängern. Die Leiche kann nur kurze Zeit im Wasser gelegen haben. — Zu dem Leichenfund auf dem Eisenbahngleis bei Zehlendorf wird mitgeteilt, daß der Tote als ein 60 Jahre alter Kaufmann Bernhard Stange aus der Sponholzstr. 53/54 zu Friedenau festgestellt ist. Es liegt ein Unfallsfall vor. Stange wurde bei einem Versuch, auf dem Wege nach dem Bahnhof den Bahnkörper zu überschreiten, von einem Zuge gefaßt und zermalmt.

Wochenende in der Dreptow-Sternwarte.

Mit der Einrichtung der Wochenendabende hat die Dreptow-Sternwarte einen glücklichen Griff getan. Die nächste Veranstaltung findet am Sonntagabend, dem 20. August, statt. In diesem Tage bleibt die Sternwarte für die Beobachtung von 14 Uhr bis 24 Uhr ununterbrochen geöffnet. Von 22 Uhr an ist die Beobachtung des Planeten Jupiter außerordentlich lohnend. Vorher kann die Sonne oder die Venus, dann Saturn und ein Sternhaufen mit

dem großen Fernrohr beobachtet werden. Daneben stehen den Besuchern auf der Plattform noch mehrere kleinere Fernrohre zur Verfügung, durch die sie ohne Nachzahlung beliebige Objekte beobachten können; sachgemäße Erklärungen werden den Besuchern gegeben. Um 20 Uhr wird im großen Vortragsaal der schöne Film: „Der Heilige Berg“ vorgeführt.

Anklage gegen die Lotteriebetrüger.

Zimmer noch Andrang bei der Ziehung.

Nach Abschluß der Untersuchung gegen die ungetreuen Lotteriebeamten Bochm und Schleinsteiner ist jetzt von der Staatsanwaltschaft I Anklage erhoben worden, und zwar stützt sie sich im wesentlichen auf die §§ 263, 271, 272, 348 und 349 wegen Betruges, schwerer intellektueller Urkundenfälschung, Urkundenverfälschung und Fälschungsbetätigung.

Auch am zweiten Tage der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie war der Andrang des Publikums außerordentlich stark. Selbst aus den weiteren Bezirken Berlin's, ja sogar aus der Mark Brandenburg sind Anwohner herbeigeeilt, um selbst die Sicherungsmaßnahmen zu begutachten. Das Publikum ist nicht mehr so mißtrauisch wie am ersten Tage. Dadurch, daß der Tisch, soweit es möglich war, an die Zuschauertribüne herangerückt wurde, kann das Publikum den Ziehungs-vorgang sehr genau beobachten. Der Ziehungs-vorgang vollzieht sich heute weit schneller als gestern. Die Beamten arbeiten sich ein und bekommen die notwendige Fingerfertigkeit, um die kleinen Kugeln schnell zu öffnen. Die Lotteriedirektion hofft, von Tag zu Tag den Ziehungs-vorgang so zu beschleunigen, daß jeden Nachmittag um 4½ Uhr die Ziehung abgeschlossen werden kann. Es ist aber damit zu rechnen, daß die ganze Ziehung länger als 24 Tage dauern wird.

Vorbereitung Koenedes zum Amerikaflug.

Die Germania für die Fahrt bereit.

Köln, 18. August.

Die „C. 1114“, das Schwester-Flugzeug von Koenedes „Germania“, ist noch nicht mit dem abgeänderten Propeller auf dem Kölner Flugplatz eingetroffen, wird aber sündlich erwartet. Koenedes selbst wohnt seit 7 Uhr vormittags auf dem Flugplatz und ist damit beschäftigt, die Wetterlage zu erkunden. Probe-flüge werden mit den hier weilenden Funkern heute nachmittag vorgenommen werden. Mit Ausnahme des neu gearbeiteten ersten Propellers, der sofort nach Eintreffen der „C. 1114“ anmontiert wird, steht Koenedes „Germania“ für die Fahrt bereit. Wie die „Kölnische Zeitung“ erfahren haben will, dürfte der endgültige Start Koenedes zu seinem Flug über den Ozean am Freitag erfolgen, sofern die Wetterlage der Weiterreise weiter anhält.

Zwei Honolulu-Flieger vermisst.

Marineflugzeuge auf der Suche.

San Francisco, 18. August.

Die beiden Flugzeuge „Golden Eagle“ und „Mih Doran“, die sich an dem Honolulu-Flug beteiligen hatten, sind in Honolulu nicht eingetroffen. Sämtliche Schiffe wurden dreifach benachrichtigt, daß den beiden Fliegern anscheinend der Betriebsstoff ausgegangen ist, so daß sie auf dem Meer niedergeraten müßten. Die Marinekommandos in Honolulu und San Francisco sind mit der Organisation weiterer Nachforschungen nach den Vermissten beschäftigt. Das letzte, wie gemeldet, glücklich gelandete Flugzeug „Alaha“ hat für den Flug nach den vorläufigen Wertungen 28 Stunden 16 Minuten gebraucht.

Die Suche nach den vermissten beiden Aeroplanen wird von Marinefahrzeugen und Flugzeugen der Marine unter Ausbietung aller Mittel fortgesetzt. Von San Diego aus ist ein Flugzeugmutter-schiff und ein Hilfsschiff des Marine-luftdienstes nach den Parallelen-Inseln zwischen San Francisco und Honolulu entsandt worden, um sich an den Nachforschungen zu beteiligen. Inzwischen hat die Marineflottille Pearl-Harbor um 19.20 Uhr Driszeit ein Flugzeug beobachtet, das in südlicher Richtung flog und sich der Insel Oahu näherte. Marineflugzeuge sind aufgestiegen, um Näheres zu erkunden.

Der Sieger im Honolulu-Flug.

New York, 18. August.

Von den vier Flugzeugen, die sich seit Dienstag mittag (New Yorker Zeit) auf dem Weltflug nach Honolulu befanden, ist die „Woolarac“ gestern mittag um 12.20 Uhr am Ziel gelandet.

Schweres Unglück auf einem französischen Torpedoboot. Im Bord des französischen Torpedobootsgeräters „Pierre Durand“, eines früheren deutschen Torpedoboots, explodierte der Heißkessel. Durch ausströmenden Dampf wurden drei Matrosen schwer, zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Sport.

Steher und Flieger auf der Olympia-Radrennbahn.

Die Radriicht vom ersten Etar Paul Krewers am Sonntag in Berlin hat Aufsehen hervorgerufen. Mit Spannung sieht man der Begegnung des Kölner Dauerfahrers mit dem deutschen Reifer Sawall, den beiden Franzosen Maronnier und Parisot sowie dem Breslauer Fesa und dem Charlottenburger Bauer entgegen. Dieses Feld bestreitet drei verschiedene Wettkämpfe, den Robl-Erinnerungspreis über 20 Kilometer, den Theile-Erinnerungspreis über 30 Kilometer und das „Der Matador“ bestellte Hauptrennen des Tages über 50 Kilometer. Mit Befriedigung ist auch die Meldung von der Herausforderung der drei Sprinter Lorenz, Friede, Ohmella durch den hoffnungsvollen jungen Fahrer Volker Schmitz aufgenommen worden. Dieses Treffen wird sich in vier verschiedenen Begegnungen vollziehen. Zunächst bestreiten die vier Radgegner zwei Flegeläufe zu vier Fahrern über je 1200 Meter. Diesen beiden Treffen schließt sich ein Punktefahren über 12 Runden an mit Wertungen in jeder dritten Runde. Den Abschluß des Omnium-Treffens bildet ein Ausscheidungsfahren. Auch in den anderen Flegelrennen, einem Punktefahren über 12 Runden und einem Vorgabefahren über 3 Runden steht guter Sport zu erwarten. Die Rennen beginnen um 15½ Uhr.

Vorkämpfe im Lunapark.

Der am vergangenen Freitag wegen des plötzlich einsetzenden Regens abgelegte Vorkampfabend im Lunapark wurde gestern abend durchgeführt. Die Zuschauer kamen auf ihre Kosten, denn es gab — was man eigentlich wohl kaum erwartet hatte — eine Sensation. Der Bremer Hülsebus, der als Professionalfahrer seinen zweiten Kampf austrug, knockte den Halbschwergewichtler Karl Krüger (Schwela) schon in der ersten Runde aus. Es war ein eindrucksvoller Sieg! Die schnelle Rechte des Bremers wurde dem Schweizer, der ungenügend leuchtete, zum Verhängnis. Genau ging der Schlag auf die Kinne Krügers, der bis neun zu Boden mußte. Noch zweimal mußte er die Bretter aufsuchen, um dann... ausgezählt zu werden. Der andere Kampf, Alwin Bauffe gegen Urban Graf, endete unentschieden. Graf, der kaum vom Gegner abließ, vermochte Bauffe niemals ernstlich zu treffen. Ein recht schwacher Kampf, obgleich man sich auf beiden Seiten alle Mühe gab.

